



## **„Was PISA nicht gemessen hat....“**

### **Forderungen für eine Optimierung der Strukturen der Kulturellen Bildung**

Die bisherigen Bemühungen der zuständigen Fachministerien, der Kulturräume, Bildungsagenturen, Kultureinrichtungen und vieler privater Initiativen haben eine Vielzahl von Aktivitäten entstehen lassen, die einen Beitrag zur intensiveren Gestaltung kulturelle Bildungsangebote im Bereich der Kinder- und Jugendbildung darstellen. Die dabei entwickelte Vielfalt und Kreativität der handelnden Personen und Institutionen ist erfreuliches Zeichen für einen positiven Gestaltungswillen, der die Notwendigkeit einer Verbesserung des Bildungsangebotes anerkennt. Trotzdem weisen Ergebnisse und Erfahrungen darauf hin, dass weiterhin vor allem im Hinblick auf die strukturelle Gestaltung von Förderung und Projektierung von Maßnahmen Initiativen von politischer und administrativer Seite notwendig sind. Der Sächsische Kultursenat wendet sich daher mit den nachfolgenden Handlungsempfehlungen erneut an die politischen Entscheidungsträger und die ausführenden Administrationen mit dem dringenden Appell, im Sinne der Optimierung und der notwendigen Nachhaltigkeit Maßnahmen zu ergreifen, die die vorliegenden Defizite beseitigen können. Er bezieht sich dabei auch auf die Ergebnisse der gemeinsam mit der Landeszentrale für Politische Bildung und der Landeshauptstadt Dresden am 04. November 2011 veranstalteten Tagung „Was PISA nicht gemessen hat...“

Voraussetzung für eine sinnvolle „Feineinstellung“ der Instrumentarien kultureller Jugendbildung sind allerdings zwei Bedingungen, auf die wir mit allem Nachdruck verweisen und die den Horizont dieser Erörterung um Grundfragen des staatlichen Bildungsauftrages erweitern:

- es darf keine Kürzungen bei den musischen Unterrichtsfächern an den Schulen geben. D.h., sowohl ihre grundsätzlichen Bewertung im Verhältnis zu den naturwissenschaftlichen Fächern, die durch die PISA-Studie ihre Gewichtung erhalten, muss (ablesbar in den Lehrplänen) kulturpolitisch gleichrangig erfolgen. Ebenso müssen alle Voraussetzungen für inhaltlich gleichwertigen Unterrichtersatz im Bedarfsfall gegeben sein.
- dem 2012/2013 zu erwartende Lehrermangel muss auch im Bereich der musischen Unterrichtsfächer offensiv begegnet werden



## Wir stellen fest:

1. Die Zuweisung der Zuständigkeiten für kulturelle Bildung an die Staatsministerien für Kultus und Wissenschaft und Kunst (SMK und SMWK) ist zu begrüßen. Der notwendige Prozess der permanenten Koordination in der interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) muss aber verstärkt werden und bedarf der ständigen Einbeziehung von Beratern aus der Praxis. Es muss auch sicher gestellt werden, dass Empfehlungen und Erkenntnisse der IMAG direkten Einfluss auf die Arbeit an der Basis haben und sich in einer stetigen Anpassung der Förderrichtlinien an die jeweiligen Bedarfe wiederfinden.

Das Sozialministerium muss dringend die Belange der freien Jugendpflege bei allen Maßnahmen der Förderung der kulturellen Bildung in die Beratungen der IMAG einbringen.

2. Die gut geplante und sinnvolle Doppelstruktur der Kulturräume und Bildungsagenturen zur Entwicklung gemeinsamen Handelns funktioniert leider nicht zufriedenstellend. Es besteht ein interner Abstimmungsbedarf. Die hierfür notwendige Kommunikation muss durch die Bereitstellung von personellen Ressourcen und Zuständigkeiten vor allem auf Seiten der Bildungsagenturen nicht nur gewünscht, sondern konkret geschaffen werden.
3. Die von beiden Ministerien angebotenen Fördermittel für kulturelle Bildung haben positiv gewirkt und die Entwicklung von Strukturen und Projekten ermöglicht. Sie müssten aber nach der nun abgeschlossenen Initialstufe stärker auch zur Verstetigung der Maßnahmen eingesetzt werden. Projekte, die sich bewährt haben und die zweifelsfrei Lehrplanziele entsprechen, sollten auch eine längerfristige Finanzierung erfahren können. Neue Programme sollten rechtzeitig darauf überprüft werden, ob sie nachhaltig fortgeführt werden können und nicht nach einer Einführungsphase aus finanziellen Gründen wieder in Frage gestellt werden müssen (siehe z.B. „JeKi“ - Jedem Kind ein Instrument). Insbesondere sollte solchen Projekten bei der Förderung Vorrang eingeräumt werden, deren Wirkung – unter Umständen auch außerhalb Sachsens – erfolgreich erprobt und evaluiert wurde und die nachhaltig, d.h. weit über den reinen Förderzeitraum hinaus wirken (z.B. Primacanta / Crespo-Foundation bzw. Belcantare / Landesmusikrat Brandenburg und Universität Potsdam). Die vom SMWK den Kulturräumen zugewiesenen Mittel für den



Aufbau einer Beratungsstruktur sollten zukünftig auch für die kulturellen Einrichtungen zur Projektplanung und Durchführung zur Verfügung stehen.

4. Zur geforderten Nachhaltigkeit von Maßnahmen gehört auch deren Dokumentation, um eine Wiederholbarkeit garantieren zu können. Hierfür müssen die Förderrichtlinien so gestaltet werden, dass die Förderung eines Projektes mit der Pflicht zur Dokumentation verbunden wird und die Kosten als Teil der Gesamtfinanzierung gelten. Darüberhinaus besteht die Notwendigkeit Projektevaluierungen vorzusehen und die erfolgreichsten Projekte zur Nachahmung weiterzuempfehlen.
5. Kulturelle Bildung muss integraler Bestandteil des gesamten Bildungsprozesses sein. Ein Verweisen dieser Zielsetzung ausschließlich in die freiwillige Gruppenarbeit an den Nachmittagen (GTA) ist nicht sachgerecht. Dies bedeutet, dass für alle Lehrkräfte und für alle Lehrfächer die kulturelle Bildung wesentliche Komponente neben der reinen Wissensvermittlung sein muss und sich auch in gelegentlicher fächerübergreifender Projektarbeit manifestiert. Dies muss auch bei der Gestaltung der Aus- und Fortbildung von Erziehern eine Rolle spielen.

Für Schulprojekte unter Mitwirkung von Fachkräften kultureller Einrichtungen sollte die Möglichkeit von Fortbildungsveranstaltungen gemeinsam mit Lehrkräften eröffnet werden. Dies würde für beide Seiten ein höheres Maß an Professionalität herstellen können.

6. In den kulturellen Strukturen und Einrichtungen muss die notwendige Personalkapazität vorgehalten werden. Die Abschaffung von Stellen für Museums-, Theater- oder Musikpädagogik ist mit der Forderung nach vermehrter kultureller Bildung nicht vereinbar.
7. Das Prinzip der Dezentralität für alle bildungspolitischen Programme sollte unbestritten sein und das Ziel verfolgen, einen Beitrag zur Herausarbeitung lokaler Bildungslandschaften zu leisten. Die geographische Nähe von Schule und Kultureinrichtung fördert die natürliche Einbeziehung der Kultur in den Lebensablauf der Kinder und Jugendlichen.
8. Die in den letzten Jahren vielfältig entwickelten Datenbanken mit Angeboten zur kulturellen Bildung sind nicht immer wirklich hilfreich. Sie werden in der angebotenen Form oft seitens der Lehrerinnen und Lehrer oder pädagogischen Fachkräften der Kindertagesstätten nicht anders gewertet, als das



reichlich auf den Schreibtischen auftauchende schriftliche Angebot, das über die Werbeträger in Druckform an die Schulen herangetragen wird. Datenbanken sollten regional in Zusammenarbeit mit der Bildungsagentur und den Kulturräumen erstellt werden. Die enthaltenen Angebote sollten direkt mit den Auswahlkriterien für Fördermittel kompatibel sein und mit einer entsprechenden Empfehlung des SMK bzw. der regionalen Bildungsagentur versehen sein. Derart autorisierte Datenbanken könnten dann auch in die Förderkriterien der Ministerien für kulturelle Bildung einbezogen werden.

9. Die finanzielle Ausstattung der Förderprogramme sollte seitens des SMWK und des SMK laufend den Erfordernissen angepasst werden. Besonderer Aufmerksamkeit bedarf dabei die Frage der Honorierung von freien Mitarbeitern (z.B. Künstlern), der Finanzierung von Datenbanken und Dokumentationen und der Zuschüsse zu Fahrtkosten für Schüler und Lehrer im Zusammenhang mit Besuchen bei außerschulischen Lernorten. Letzteres ist vor allem für den ländlichen Raum von großer Wichtigkeit, um eine Vergleichbarkeit des Angebotes für Jugendliche in urbanen und ländlichen Räumen herzustellen.

Für den Sächsischen Kultursenat

Der Präsident

Dresden, den 1. Februar 2012